Deutscher Bundestag
5. Wahlperiode

Drucksache V/2155

Mündliche Anfragen

gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für die

**124. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 11. Oktober 1967**

**125. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Donnerstag, dem 12. Oktober 1967**

**126. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Freitag, dem 13. Oktober 1967**

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

1. Abgeordneter **Moersch**

Welche besonderen Gründe haben die Bundesregierung veranlaßt, bei ihrer Anzeigenwerbeaktion mit dem Titel „Die Richtung stimmt" die regionalen Tageszeitungen, speziell die mittleren und kleineren Blätter nicht zu berücksichtigen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

2. Abgeordneter **Haar (Stuttgart)**

Ist die Bundesregierung bereit, die gesetzlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß Bürger, die bei Hilfeleistung für nachweisbar in Notsituationen geratene Mitmenschen materielle oder gesundheitliche Schäden erleiden, einen Rechtsanspruch auf Entschädigung erhalten?

3. Abgeordneter **Haar (Stuttgart)**

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß Regelungen im Sinne eines Aufopferungsanspruches dringend notwendig sind für Fälle, bei denen ein hilfeleistender Bürger sein Leben verliert?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wohnungswesen und Städtebau

4. Abgeordneter **Wurbs**

Trifft die Kritik des Staatssekretärs Dr. Auerbach vom niedersächsischen Sozialministerium an der von der Bundesregierung beabsichtigten Wohngeld-Änderung zu: „Der Wegfall der Kinderfreibeträge bei der Berechnung des

Druck: Buchdruckerei Peter Meier, 5201 Buisdorf/Siegburg
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

Wohngeldes würde beispielsweise in Hannover dazu führen, daß 40% der kinderreichen Wohngeldempfänger kein Wohngeld mehr bekämen." (Hannoversche Presse vom 2. Oktober)?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Familie und Jugend

5. Abgeordneter **Dr. Wuermeling**

Erkennt die Bundesregierung an, daß Artikel 6 des Grundgesetzes, der die Familie in aller Form unter den besonderen Schutz der staatlichen Ordnung stellt, eine verfassungsrechtlich gebotene Richtlinie der Politik im Sinne des Artikels 65 des Grundgesetzes enthält und unmittelbar geltendes Recht ist?

6. Abgeordneter **Dr. Wuermeling**

Sieht die Bundesregierung keinen Verstoß gegen die in Frage 5 erwähnte Richtlinie der Politik darin, daß sie seit zwei Jahren in konsequenter Folge als Sondermaßnahmen gegen die Familie

eine Kürzung der Ausbildungszulagen des Kindergeldgesetzes,

eine Einschränkung des Personenkreises der Empfangsberechtigten,

die völlige Streichung der Ausbildungszulage,

eine überproportionale Erhöhung der Schülertarife der Deutschen Bundesbahn,

die mehrfache Hinausschiebung des gesetzlich festgelegten erhöhten Mutterschaftsgeldes,

die Streichung des erhöhten Mutterschaftsgeldes,

Kürzungen der Mittel für den Familienwohnungsbau,

die Einstellung der „Aktion Große Familie" im Wohnungsbau,

die Einstellung der „Aktion Junge Paare",

eine wesentliche Einschränkung der „Aktion Junge Familie" beschloß,

seit Jahren jede Anpassung der seit 1964 eingefrorenen Kindergeldsätze an die Preis- und Lohnentwicklung verweigerte,

ihren Beschluß auf Anpassung des Kindergeldes ab 1969 wieder aufhob

und eine in allen EWG-Ländern grundsätzlich abgelehnte Einkommensgrenze beim Kindergeld

fordert?

7. Abgeordneter **Dr. Wuermeling**

Glaubt die Bundesregierung, daß ihre neuesten Beschlüsse, nun auch noch das Wohngeld vor allem zu Lasten der Familien mit Kindern zu kürzen und die Familienzusatzdarlehen im

Wohnungsbau — z. B. bei 6 Kindern von 20 000 DM auf 10 000 DM — herabzusetzen, vom Bundesverfassungsgericht im Zusammenhang mit allem Voraufgegangenen noch als verfassungsgemäßes Verhalten anerkannt werden kann, nachdem die Familien mit Kindern schon durch die Umsatzsteuererhöhung und durch alle allgemeinen Sparmaßnahmen in der Regel härter betroffen werden als andere und deshalb Anspruch auf ausgleichende Schutzmaßnahmen haben?

8. Abgeordneter **Brück (Holz)**

Trifft es zu, daß eine Sekretärin des deutsch-französischen Jugendwerkes entlassen wurde, weil sie Kritik an Bundeskanzler Kiesinger übte?

9. Abgeordneter **Kubitza**

Für wann ist nach der mittelfristigen Finanzplanung der Bundesregierung eine Verwirklichung der Pläne des Familienministers zur Reform des Kindergeldrechts vorgesehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

10. Abgeordneter **Dr. Schmidt (Wuppertal)**

Welches sind die Gründe für den Boykott des ärztlichen Hilfsprojektes der Bundesrepublik Deutschland in den Kliniken der Universität Hue durch südvietnamesische Stellen?

11. Abgeordneter **Dr. Schmidt (Wuppertal)**

Welche Mittel hat die Bundesregierung bis jetzt für das in Frage 10 erwähnte Projekt zur Verfügung gestellt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheitswesen

12. Abgeordneter **Picard**

Ist die Bundesregierung bereit, die Benzinverbleiung gesetzlich zu unterbinden, da durch moderne Raffinationsverfahren ausreichend klopffeste Motorkraftstoffe hergestellt werden können und die Gefahr von Bleivergiftungen durch Auspuffgase beseitigt würde?

13. Abgeordneter **Dr. Bechert (Gau-Algesheim)**

Hält es die Bundesregierung für richtig und gesundheitsfördernd, daß in Jugendherbergen Rauchzimmer für die Jugendlichen eingerichtet werden?

14. Abgeordneter **Dr. Bechert (Gau-Algesheim)**

Was wird die Bundesregierung tun, um die Zigarettenreklame einzudämmen, insbesondere, um zu verhindern, daß diese Reklame in Veranstaltungen betrieben wird, die Jugendlichen zugänglich sind?

15. Abgeordneter **Dr. Rutschke**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß auf dem internationalen Kongreß über Möglichkeiten der Krebsbekämpfung in Chikago letzte Woche festgestellt wurde, daß ein erster Schritt, die Gefahr der Luftverunreinigung für die Menschen zu bannen, bisher nur in England unternommen worden sei, wo man in den großen Industriestädten sogenannte rauchlose Zonen geschaffen habe?

16. Abgeordneter **Dr. Rutschke**

Wann gedenkt die Bundesregierung die Initiative zu einem kooperativen Vorgehen aller dafür zuständigen Behörden in unserem Lande zu ergreifen, um entscheidende Schritte zur Reinigung der Luft in die Wege zu leiten?

17. Abgeordneter **Dr. Pohle**

Ist der Bundesregierung bekannt, warum die Rechtsverordnung zu § 19 des Arzneimittelgesetzes, die u. a. eine einheitliche Prüfungsmethodik für die staatlichen Kontrollen von Impfstoffen festlegen soll, bisher vom Bundesrat nicht bearbeitet worden ist, obwohl sie ihm bereits seit 1965 im Entwurf vorliegt?

18. Abgeordneter **Dr. Pohle**

Ist sich die Bundesregierung über das Ausmaß der Katastrophe im klaren, das darin liegt, daß die hochgefährlichen Affenviren unter Umständen in den bisher verimpften und noch lagernden Impfstoffen enthalten sein können, weil diese Impfstoffe von dem Nierenzellgewebe dieser Affen durch künstliche Vermehrung bestimmter Krankheitserreger, z. B. der Polio-Viren, produziert werden und infolgedessen mit Affenviren vermischt sein können?

19. Abgeordneter **Dr. Pohle**

Hat die Bundesregierung auch eine Prüfung veranlaßt, ob sich die Fälle von Erkrankungen und Tod nach Polio-Impfungen, auch mit 4-fach und 5-fach Impfstoffen, durch das Eindringen der hochgefährlichen Affenviren in den Impfstoff erklären lassen, nachdem bisher die Anerkennung dieser Fälle als Impfschäden abgelehnt worden war?

20. Abgeordneter **Büttner**

Ist die in der schriftlichen Antwort vom 11. August 1967 auf eine mündliche Frage (Drucksache V/2072) angekündigte Löschung der Thyreostatika als Arzneispezialitäten, die als Masthilfsmittel für Tiere verwendet werden, inzwischen erfolgt?

21. Abgeordneter **Felder**

Ist dem Bundesgesundheitsministerium bekannt, daß in den Jugendherbergen sogenannte Raucherzimmer eingerichtet werden sollen?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

22. Abgeordneter **Ertl**

Wie ist nach dem Dementi von Pressemeldungen, daß die Bundesregierung bereits vor Monaten den USA die feste Zusage gegeben haben soll, den Atomsperrvertrag zu unterschreiben, der tatsächliche Stand der Verhandlungen?

23. Abgeordneter **Flämig**

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß Städtepartnerschaften mit regelmäßigen Begegnungen von Jugendgruppen, Sport- und Kulturvereinen und die daraus erwachsenden persönlichen Beziehungen ganz hervorragend geeignet sind, alte Vorurteile abzubauen und ein europäisches Zusammengehörigkeitsgefühl unter den Bürgern der verschiedenen europäischen Staaten zu stärken?

24. Abgeordneter **Flämig**

Ist die Bundesregierung bereit, sich im Ministerkomitee des Europarates dafür einzusetzen, daß die derzeit zur Verfügung stehende Summe von jährlich 50 000 ffr zur Förderung interkommunaler Partnerschaften und Austausche in Europa angemessen erhöht wird angesichts der Tatsache, daß neben den 511 deutschen Städten und Gemeinden, die eine Städteverschwisterung offiziell abgeschlossen haben, weitere 357 Kommunen vorhanden sind, die Partnerschaften mit europäischen Gemeinden anstreben?

25. Abgeordneter **Flämig**

Ist die Bundesregierung bereit, sich im Ministerkomitee des Europarates dafür zu verwenden, daß aus dem in Frage 24 erwähnten Fonds über das gut eingespielte und hoch dotierte deutsch-französische Jugendwerk hinaus vor allem auch Partnerschaften und Jugendbegegnungen mit anderen europäischen Ländern verstärkt gefördert werden?

26. Abgeordneter **Paul**

Ist die Bundesregierung bereit und in der Lage, einseitig den Sichtvermerkzwang für Besucher aus der Tschechoslowakei aufzuheben?

27. Abgeordneter **Dr. Müller (München)**

Wie lange haben die Amerikaner noch Rechte aus dem Mutual Defense Assistance Programm?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

28. Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**

Ist die Bundesregierung bereit, bei den Laufbahnvorschriften auf die Voraussetzungen einer bestimmten Mindestdienstzeit und eines bestimmten Mindestlebensalters zu verzichten, wenn das Festhalten an dieser Regelung dem Leistungsprinzip hinderlich ist?

29. Abgeordneter **Dr. Imle**

Nachdem der Bundeswirtschaftsminister zum 50. Jahrestag der Errichtung des ersten deutschen Wirtschaftsministeriums zu einer Jubiläumsfeier mit anschließendem Empfang für den 20. Oktober 1967 in die Beethovenhalle eingeladen hat, frage ich die Bundesregierung, mit welchen Jubiläumsfeiern für Ministerien (welche und das wievielte Jahr) in den nächsten fünf Jahren zu rechnen ist?

30. Abgeordneter **Cramer**

Hält die Bundesregierung es für erforderlich, daß auf den Bescheinigungen der Deutschen Dienststelle für die Benachrichtigung der nächsten Angehörigen von Gefallenen der ehemaligen deutschen Wehrmacht über das versicherungspflichtige Entgelt von zivilen Bediensteten früherer Reichsbetriebe folgender Vermerk enthalten ist?

„Die Auskunft enthält keine Angaben über etwaige militärgerichtliche Bestrafungen. Erforderlichenfalls wird anheimgestellt, die entsprechende Auskunft beim zuständigen Strafregister einzuholen."

31. Abgeordneter **Cramer**

Will die Bundesregierung nicht veranlassen, daß derartige in Frage 30 erwähnte zusätzliche Vermerke unterbleiben?

32. Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**

Zu welchem Ergebnis haben bisher die Untersuchungen des Arbeitsausschusses der Bundesregierung zur Frage des „Personenkennzeichens" geführt?

33. Abgeordneter **Hofmann (Kronach)**

Was kostete die Beteiligung des Bundesgrenzschutzes (Serenade des Musikkorps vom Grenzschutzkommando Süd München und 300 Grenzjägern mit Fackeln) bei den Geburtstagsveranstaltungen, die dem Oberbürgermeister der Stadt Coburg dargebracht wurden?

34. Abgeordneter **Hofmann (Kronach)**

Ist es üblich, daß der Bundesgrenzschutz bei Geburtstagsgratulationen in den Garnisonsstädten mit dem in Frage 33 erwähnten Aufwand in Erscheinung tritt?

35. Abgeordneter **Hofmann (Kronach)**

Trifft es zu, daß die II. Grenzschutzabteilung IV/2 Coburg nach Norddeutschland verlegt werden soll?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt. (zu Fragen 33–35)

36. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)**

Ist die Bundesregierung bereit, bei den Bundesforschungsanstalten, in denen im wissenschaftlichen Dienst die Promotion Grundlage der Einstellung und der Mitarbeit ist, sich dafür einzusetzen, daß die für die Promotion erforderliche Ausbildungszeit der für den höheren Staatsdienst geforderten zweiten Staatsprüfung gleichgestellt wird?

37. Abgeordneter **Kubitza**

Kann mir die Bundesregierung — eventuell nach Rückfrage bei der Kultusministerkonferenz — mitteilen, wieviel Turn- und Sportstunden in den deutschen Schulen pro Woche tatsächlich gegeben werden?

38. Abgeordneter **Kubitza**

Ist der Bundesregierung von ihrem Kontakt mit den zuständigen Landesbehörden her bekannt, wie viele Schulkinder in der Bundesrepublik Deutschland normalerweise gar keine Turn- und Sportstunden haben?

39. Abgeordnete **Frau Freyh**

Hält die Bundesregierung es für unvermeidbar, daß sich Transitfluggäste ausländischer Fluglinien bei Zwischenlandungen auf deutschen Flughäfen mehr als einmal einer Paßkontrolle unterziehen müssen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

40. Abgeordneter **Dr. Staratzke**

Anerkennt die Bundesregierung, daß die im § 37 Abs. 1 Nr. 5 der Allgemeinen Zollordnung festgelegte Zollfreiheit der Einfuhr belichteter Filme für öffentlich-rechtliche Rundfunk- und Fernsehanstalten zu ungerechtfertigten Wettbewerbsnachteilen privater Filmimporteure führen kann?

41. Abgeordneter **Dr. Staratzke**

Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß der Grundsatz, unter dem nach § 24 Abs. 1 Nr. 1 des Zollgesetzes Zollfreiheit dann gewährt werden kann, wenn eine Ware nicht mehr am Güterumsatz und an der Preisbildung teilnimmt, auch in dem Fall Anwendung finden müßte, wo private Dokumentarfilm-Importeure belichtete Filme einführen, sie den öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten anbieten, es aber nicht zu einem Kaufvertrag kommt?

42. Abgeordneter **Dr. Staratzke**

Ist die Bundesregierung bereit, die durch Erlaß des Bundesfinanzministers vom 17. Juli 1967 — III B/1 — Z 1309 — 19/67 angekündigte Ausdehnung der Zollfreiheit auf Wochenschaufilme auch auszudehnen auf belichtete Dokumentarfilme, die öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten von privaten Importeuren angeboten aber nicht gekauft werden?

43. Abgeordneter **Opitz**

Wie steht die Bundesregierung zu dem Vorschlag der Steuerbeamten, zum Zwecke der Verwaltungsvereinfachung die Kraftfahrzeugsteuer abzuschaffen und einen Ausgleich durch eine entsprechende Änderung der Mineralölsteuer herbeizuführen?

44. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß einige Bundesforschungsanstalten zur Zeit nicht in der Lage sind, die notwendige Fachliteratur und die Periodikas für die wissenschaftliche Arbeit zu beziehen, die notwendig sind, um durch Auswertung neuester Ergebnisse eigene Forschungsaufgaben und Aufträge zu fördern?

45. Abgeordneter **Genscher**

Sind die im Finanzbericht 1967 für das Basisjahr 1966 enthaltenen Schätzungen des Steuerausfalls im Bausparbereich und der Aufwendungen für Wohnungsbauprämien bestätigt worden?

46. Abgeordneter **Genscher**

Hält die Bundesregierung angesichts der rückläufigen Entwicklung im Bauspargeschäft die Schätzungen für den Steuerausfall und die Prämienaufwendungen in den Haushaltsjahren 1967 bis 1970 aufrecht?

47. Abgeordneter **Genscher**

Wie hoch schätzt die Bundesregierung angesichts der veränderten Entwicklung des Bauspargeschäfts den Steuerausfall und die Prämienaufwendungen im Bausparbereich für die Haushaltsjahre 1967 bis 1970?

48. Abgeordneter **Dr. Schmidt (Gellersen)**

Ist die Bundesregierung bereit, für die Neugestaltung der steuerlichen Behandlung von Zierfischzuchtbetrieben — Fortfall der steuerlichen Begünstigungen für land- und forstwirtschaftliche Betriebe — generelle Übergangsfristen zu schaffen?

49. Abgeordneter **Dr. Schmidt (Gellersen)**

Ist die Bundesregierung bereit, die Übergangsfrist bei der Umsatzsteuer für die in Frage 48 erwähnten betroffenen Betriebe bundeseinheitlich zu regeln?

50. Abgeordneter **Dr. Schmidt (Gellersen)**

Ist die Bundesregierung gewillt, auch bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer für den in Frage 48 erwähnten Bereich Übergangsfristen zuzulassen, da insbesondere die Nachzahlung der Gewerbesteuer für einige Betriebe zu erheblichen Belastungen führt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

51. Abgeordneter **Gierenstein**

Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, auf den im Hinblick auf die technologische Entwicklung und die Wettbewerbsfähigkeit auf dem internationalen Markt notwendigen Zusammenschluß der deutschen Flugzeugindustrie hinzuwirken?

52. Abgeordneter **Gierenstein**	Ist die Bundesregierung bereit, die ins Stocken geratenen Gespäche über Fusionen in der Flugzeugindustrie durch Rat und Tat wieder in Gang zu bringen?
53. Abgeordneter **Opitz**	Womit werden die Anträge auf Strom- und Gaspreiserhöhung begründet, die beim Bundeswirtschaftsministerium vorliegen?
54. Abgeordneter **Opitz**	Um wieviel würden die jetzt geforderten höheren Strom- und Gaspreise zusätzlich angehoben werden müssen, wenn der neue Mehrwertsteuersatz von 11% in Kraft tritt?
55. Abgeordneter **Burger**	Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch den Zusammenbruch internationaler Investmentfonds auch kleinere und mittlere Sparer in der Bundesrepublik geschädigt worden sind?
56. Abgeordneter **Burger**	Wäre es nicht nur für die deutschen Anleger, sondern auch für die ausländischen Investmentgesellschaften besser, wenn es ein klares Zulassungsverfahren und ausreichende Publizitätsvorschriften geben würde?
57. Abgeordneter **Burger**	Besteht, auf Grund der Erfahrungen insbesondere mit einer Reihe sogenannter Ferienfonds nicht die Gefahr einer Schädigung des Investmentgedankens und damit eines wichtigen Bereichs der Möglichkeiten zur Eigentumsbildung?
58. Abgeordneter **Schmidt (Braunschweig)**	Ist der Bundesregierung bekannt, daß sich die Einkommenssituation des Tankstellengewerbes in den vergangenen Jahren und insbesondere in letzter Zeit durch verschiedene Maßnahmen der Mineralölgesellschaften, wie z.B. Gewährung von Rabatten auf die Tankstellenabgabepreise zu Lasten der Tankstellenprovisionen, durch Umsatzmieten für Münztanks und verstärkte Werbemaßnahmen auf Kosten des Gewerbes, trotz Erleichterung in Einzelfällen, die vom Bundeskartellamt aufgegriffen wurden, erheblich verschlechtert hat und weitere Maßnahmen bevorstehen, wodurch diese Situation noch ungünstiger werden wird?
59. Abgeordneter **Schmidt (Braunschweig)**	Ist die Bundesregierung bereit, die wirtschaftliche und die besondere rechtliche Lage des Tankstellengewerbes zu untersuchen?
60. Abgeordneter **Schmidt (Braunschweig)**	Ist die Bundesregierung der Meinung, daß die geltende Fassung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen ausreichend ist, um das Tankstellengewerbe vor dem Mißbrauch wirtschaftlicher Macht durch die Mineralölgesellschaften zu schützen?

61. Abgeordneter **Dröscher**

Werden die Fortschritte bei der Entwicklung billiger Energie aus Atomkraftwerken, wie sie von der britischen Regierung jetzt im Zusammenhang mit der Ansiedlung neuer Industrien in bisher wirtschaftlich unterentwickelten Gebieten mitgeteilt worden sind, auf Dauer zu einer Benachteiligung unserer Wirtschaft im internationalen Wettbewerb führen?

62. Abgeordneter **Dröscher**

Welche Auswirkung wird in dem in Frage 61 erwähnten Zusammenhang die für größere Räume der Bundesrepublik angekündigte Strompreiserhöhung haben?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

63. Abgeordneter **Wächter**

Warum besteht die Bundesregierung bei dem Titel 575 (niedersächsischer Küstenplan) im Einzelplan 10 auf der Einhaltung eines Dotationsverhältnisses von 2 : 1, obwohl der Bundesfinanzminister im Einzelfall auf Antrag der Bundesländer nach § 7 Abs. 5 des Haushaltsgesetzes von diesem Dotationsverhältnis Abstand nehmen kann?

64. Abgeordneter **Wächter**

Warum kann dem Lande Niedersachsen der im Jahre 1967 bei Titel 619 (Küstenschutz) über das Dotationsverhältnis hinaus gezahlte Betrag von 6,2 Mio DM nicht auf seine Verpflichtungen aus dem Titel 575 für das Jahr 1967 angerechnet werden?

65. Abgeordneter **Wächter**

Liegt es im Interesse der wirtschaftspolitischen Ziele der Bundesregierung, wenn zwischen den dafür zuständigen Ressorts und dem Lande Niedersachsen die in den Fragen 63 und 64 angeschnittenen Fragen nicht umgehend geklärt werden und damit Aufträge an die zuständige Wirtschaft in Höhe von rd. 10 Mio DM wegen der Witterungsverhältnisse im Herbst und Winter nicht mehr vergeben werden können?

66. Abgeordneter **Reichmann**

Sind Pressemeldungen zutreffend, wonach Bundesminister Höcherl erklärt hat, daß als Qualitätsprämie für die Braugerste zu den 16 Millionen DM weitere 16 Millionen DM zur Verfügung gestellt werden könnten, ohne daß zusätzliche Mittel vom Bundesfinanzministerium zur Verfügung gestellt werden müßten?

67. Abgeordneter **Reichmann**

Wann kann die Landwirtschaft mit der Auszahlung der Braugerstenqualitätsprämie rechnen?

68. Abgeordneter **Josten**

Ist die Bundesregierung bereit, in Verbindung mit den Ländern in den Gebieten, in denen besonders in diesem Jahr eine reiche Obsternte vorliegt, den landwirtschaftlichen Betrieben bei Einbringung und Absatz der Ernte behilflich zu sein, damit keine großen Mengen von Obst vernichtet werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

69. Abgeordneter **Felder**

In wieviel Fällen haben im Jahre 1966 und im ersten Halbjahr 1967 Wehrdienstverweigerer bei der Zuweisung von Ersatzdienst Schwierigkeiten bereitet?

70. Abgeordneter **Dr. Müller (München)**

Ist die Bundesregierung bereit, den § 13 des Zweiten Gesetzes zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer vom 1. Juli 1965 zu novellieren, um sicherzustellen, daß Krankengeldempfängern durch die Nutzung des Gesetzes keine erheblichen Nachteile entstehen?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

71. Abgeordneter **Hübner**

Was wird die Bundesregierung auf Grund der Tatsache unternehmen, daß Ärzte in Österreich die Behandlung von Versicherten aus der Bundesrepublik Deutschland auf der Grundlage des Sozialversicherungsabkommens zwischen beiden Ländern ablehnen, mit der Begründung, die Ärzteschaft in Österreich sei bei Abschluß des Abkommens „nicht gefragt" worden?

72. Abgeordneter **Hübner**

Wer haftet den Versicherten für Schäden, die ihnen daraus entstanden sind, daß das bestehende Sozialversicherungsabkommen zwischen Österreich und der Bundesrepublik Deutschland durch sie praktisch nicht in Anspruch genommen werden konnte?

73. Abgeordneter **Faller**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Allgemeine Ortskrankenkasse für den Landkreis Lörrach für ihre Leistungsaushilfe für im französischen Grenzgebiet beschäftigte deutsche Grenzgänger noch immer keinen finanziellen Ersatz erhalten hat, obwohl die Bundesregierung in der Fragestunde vom 24. Juni 1966 (51. Sitzung) eine baldige Lösung der Probleme in Aussicht stellte?

74. Abgeordneter **Faller**

Hält es die Bundesregierung für zumutbar, daß die in Frage 73 erwähnte Allgemeine Ortskrankenkasse nunmehr einen Betrag von über 200 000 DM auch weiterhin zinslos stundet, obwohl die Leistungsaushilfe gar nicht zwingend ist, da die Kassenleistungen auch in Frankreich erbracht werden können?

75. Abgeordneter **Faller**

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um das Erstattungsverfahren oder die direkte Abrechnung mit den französischen Kassen im Elsaß für die in Frage 73 erwähnte Leistungsaushilfe endlich in Gang zu bringen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

76. Abgeordneter **Ertl**

Wäre die Bundesregierung bereit, den Militärflughafen Fürstenfeldbruck freizugeben, wenn dadurch das Problem eines neuen Flughafens für München gelöst werden könnte?

77. Abgeordneter **Jung**

Was wird die Bundesregierung unternehmen, um den Einbau von Atomminen in Mitteleuropa, der Pressemeldungen zufolge von amerikanischen Militärdienststellen erwogen wird, zu verhindern?

78. Abgeordneter **Dr. Wörner**

Beabsichtigt die Bundesregierung zur Behebung des Nachwuchsmangels beim fliegenden Personal der Luftwaffe eine eigene geschlossene Laufbahn für Piloten auf Zeit einzuführen?

79. Abgeordneter **Dr. Wörner**

Wann ist gegebenenfalls mit der Einführung der in Frage 78 erwähnten Laufbahn zu rechnen?

80. Abgeordneter **Felder**

Kann das Bundesverteidigungsministerium mitteilen, wie hoch die Zahl der anerkannten Wehrdienstverweigerer im Jahre 1966 und im ersten Halbjahr 1967 gewesen ist?

81. Abgeordneter **Dr. Enders**

Treffen Berichte zu, wonach beim Panzeraufklärungsbataillon 5 im osthessischen Sontra die Ausbildungskompagnie 6/5 in Kürze aufgelöst werden soll?

82. Abgeordneter **Dr. Enders**

Kann die eventuelle Auflösung der in Frage 81 erwähnten Einheit wegen der vorhandenen Unterkünfte und Einrichtungen wirtschaftlich verantwortet und im Hinblick auf die damit verbundene Strukturverschlechterung im Zonenrandgebiet vertreten werden?

83. Abgeordneter **Dröscher**

Hält es die Bundesregierung für richtig, daß von den Wehrersatzbehörden häufig bei der Ablehnung von Zurückstellungsgesuchen nach § 12 Abs. 4 des Wehrpflichtgesetzes erklärt wird, in dringenden Fällen werde unbezahlter Arbeitsurlaub gewährt, die Truppe aber später nicht bereit ist, solche Zusagen einzuhalten?

84. Abgeordneter **Jung**
Bis zu welchem Zeitpunkt wird die Bundeswehr die in Trageversuchen erprobten Uniformen aus leichterem Stoff erhalten?

85. Abgeordneter **Jung**
Treffen Pressemeldungen zu, wonach deutsche Beauftragte bereits Verhandlungen über den Kauf von amerikanischen Flugzeugen des Typs F 4 Phantom mit Vertretern der Firma Mc Donnell in Los Angeles führten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

86. Abgeordneter **Prochazka**
Wie hoch waren die Unfallzahlen in den Jahren 1966 und 1967, die durch eine Mißachtung der Vorfahrtsregelung rechts vor links entstanden sind?

87. Abgeordneter **Prochazka**
Läge es nicht im Interesse eines reibungslosen Ablaufs auf unseren Straßen und der einfachen Rechtsprechung, bei Unfällen zur Regelung des Verkehrs durch Vorfahrtstraßen einerseits und den vorfahrtnehmenden Schildern andererseits überzugehen?

88. Abgeordneter **Picard**
Wie ist der Stand der Planung für den Ausbau der Bundesstraße 448 zwischen Offenbach und Seligenstadt?

89. Abgeordneter **Picard**
Wird die Bundesregierung nun beschleunigt die Rechtsverordnung über die zulässigen Grenzwerte für die Autoabgasgifte erlassen, da deutsche Autohersteller durch verbesserte Motorkonstruktionen in der Lage sind, ohne besondere Entgiftungsgeräte z. B. die in Kalifornien geforderten Höchstwerte an Kohlenmonoxyd und Kohlenwasserstoffen weit zu unterschreiten?

90. Abgeordneter **Baier**
Ist der Bundesregierung bekannt, daß die seit langem überlastete Ortsdurchfahrt Sinsheim mit der Fertigstellung des Autobahnanschlusses Sinsheim demnächst noch eine stärkere Belastung erfahren wird?

91. Abgeordneter **Baier**
Kann angesichts der ständigen Zunahme des Verkehrs auf der B 292 im Raume Sinsheim mit dem baldigen Bau der vollständigen Ortsumgehung Sinsheim gerechnet werden?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt. (zu 90 und 91)

92. Abgeordneter **Dr. Bechert (Gau-Algesheim)**
Trifft es zu, daß die Einführung der automatischen Verbrennungskontrolle durch elektronisches Gerät in der Bundesrepublik dadurch

gehindert wird, daß es in der Bundesrepublik noch keine Bestimmungen über den Kohlenoxydgehalt gibt, der im Auspuff des Motors vorhanden sein darf?

93. Abgeordneter **Dr. Hammans**

Welche Mittel sind in Nordrhein-Westfalen aus der zum 1. Januar 1967 beschlossenen Erhöhung der Mineralölsteuer, die zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden zweckgebunden sind, in die Landkreise geflossen?

94. Abgeordneter **Collet**

Wie beurteilt die Bundesregierung die neuen Vorschläge zum Ausbau der B 10, wie sie von der regionalen Planungsgemeinschaft unter Leitung von Herrn d'Alleux ausgearbeitet wurden?

95. Abgeordneter **Collet**

Will die Bundesregierung diese in Frage 94 erwähnten neuen Pläne übernehmen oder hält sie an der Durchführung der seitherigen zu einem Teil bereits in der Verwirklichung befindlichen und zum anderen Teil vergabereifen Pläne fest, wie sie der Bundesverkehrsminister bei seinem Besuch im April d. J. erläutert hatte?

96. Abgeordneter **Collet**

Um welche Zeitspanne würde sich der Ausbau der B 10 nach Meinung der Regierung verzögern, wenn man diese in Frage 94 erwähnten neuen Pläne ausarbeiten, die notwendigen Grundstücke erwerben und die Arbeiten erneut ausschreiben und vergeben würde?

97. Abgeordneter **Erhard (Bad Schwalbach)**

Welche Ergebnisse haben die seither durchgeführten Versuche mit der Verwendung von Kunststoffen im Bereich des Straßenbaus, insbesondere beim Straßenunterbau, gebracht?

98. Abgeordneter **Erhard (Bad Schwalbach)**

Erscheint es wahrscheinlich oder sicher, daß die Verwendung von Kunststoffen im Straßenunterbau zu einer Senkung der Kosten bei gleichzeitiger Erhöhung der Haltbarkeit der Straßen führt?

99. Abgeordneter **Dr. Müller (München)**

Wann ist mit der Errichtung einer außerhalb des Stadtgebietes von München verlaufenden Verbindung der Autobahn von Nürnberg und nach Salzburg zu rechnen?

100. Abgeordneter **Cramer**

Wann ist mit dem Beginn der Bauarbeiten für die neue B 69 Oldenburg/Wilhelmshaven zu rechnen?

101. Abgeordneter **Dr. Rinderspacher**

Teilt die Bundesregierung die Auffassung des baden-württembergischen Innenministers, daß auch innerhalb geschlossener Ortschaften Geschwindigkeiten über 50 km/h zugelassen werden können, wenn die Strecken — z. B. Ortsausfahrten — entsprechend gut ausgebaut sind?

102. Abgeordneter **Dr. Rinderspacher**	Ist der Bundesverkehrsminister bereit, bei allen Bundesländern darauf hinzuwirken, daß von Geschwindigkeitsbeschränkungen ein verkehrsgerechter Gebrauch gemacht wird, höhere Geschwindigkeiten also zugelassen werden, wenn die örtlichen Gegebenheiten es zulassen?
103. Abgeordneter **Baron von Wrangel**	Ist die Bundesregierung bereit, darauf zu dringen, daß die Mittel aus dem Mehraufkommen der Mineralölsteuer, die für kommunale Straßenbauvorhaben vorgesehen sind, besonders auch denjenigen Gemeinden zugutekommen, die unmittelbar an der Zonengrenze liegen?
104. Abgeordneter **Baron von Wrangel**	Ist die Bundesregierung bereit, in Zusammenarbeit mit den Ländern und Gemeinden hierbei besonders das Zonengrenzgebiet in Schleswig-Holstein zu berücksichtigen?
105. Abgeordneter **Baron von Wrangel**	Ist die Bundesregierung bereit, im Zonenrandgebiet beim Mehraufkommen der Mineralölsteuer die sogenannte Bagatellgrenze für Straßenbaumaßnahmen zu beseitigen, damit diejenigen Städte und Gemeinden im Zonenrandgebiet in den Genuß dieser Mittel kommen, die auf Grund ihrer Größe wichtige Vorhaben aus eigenen Mitteln nicht finanzieren können?
106. Abgeordnete **Frau Freyh**	Wird die Bundesregierung in Anbetracht der Dringlichkeit der Lösung der Verkehrsprobleme für die Stadt Frankfurt und ihre nähere Umgebung die V-Bahn Frankfurt mit entsprechenden Mitteln in den Haushaltplänen vom Jahre 1968 ab berücksichtigen?

Bonn, den 6. Oktober 1967